

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum: 20.08.2002
Ort: Waldstraße 32 (Bethania-Gemeinde)
Moderation: Susanne Torka, Susanne Sander
Protokoll: Jürgen Schwenzel
Teilnehmer: s. Liste (ca. 25 Teilnehmer)

TOP1: Integrationsförderung in Vorschule und Kita

Zunächst berichtet Herr Schwenzel über die Ergebnisse einer Befragung (Anlage 1), die er bei vier bezirklichen Kitas in Moabit West durchgeführt hat: Ein großes Problem der Einrichtungen sind die geringen Sprachkenntnisse. Ein Großteil der Kinder nicht-deutscher Herkunft hat erhebliche Sprachdefizite. Der Sprachstand vieler deutscher Kinder in den Kitas ist ebenfalls alarmierend. Auch die Elternarbeit leidet an Sprachproblemen. Die Ursache der Probleme liegt weniger an der ethnischen Herkunft als an der sozialen Lage der Familien.

Frau Götting, Kindertagesstätte Rostocker Straße, stellt die Situation in ihrer Einrichtung dar. Zwei der Mitarbeiterinnen nahmen an einer achtmonatigen Intensivschulung durch das "Institut für kreative Sprachförderung" teil. Das gesamte Team wurde in mehrtägigen Veranstaltungen fortgebildet. Der Bezirk hat diese Fortbildung für alle bezirklichen Kitas vorgesehen.

Frau Götting berichtet, dass die schlechte Sprachkompetenz der Eltern eine Ursache der Sprachdefizite der Kinder ist. Eltern nichtdeutscher Herkunft, die teilweise seit Jahrzehnten hier leben, sprechen oft schlecht Deutsch. Daher müssen die Sprachkenntnisse der Eltern gefördert werden. An die Politik richtet Frau Götting hierbei die Forderung, auf keinen Fall Gelder zu streichen. Verständigungsprobleme wirken sich auf die Elternarbeit negativ aus, die Aktivität der Eltern ist zu gering. Sprachkurse für Mütter in Kitas wurden schlecht angenommen. Die Ursache dafür kann nur vermutet werden. Die Kita Rostocker Straße lud Eltern zu einem Elternabend mit Übersetzern ein, um das Verständigungsproblem zu berücksichtigen. Dieser Ansatz war erfolgreich, bisher sprachlose Mütter äußerten sich.

Für die Kinder ist es sehr wichtig, dass ein zweisprachiger Ansatz verfolgt wird. Die Kinder sollten auch ihre Muttersprache richtig erlernen, sonst drohen innere Konflikte und Sprachlosigkeit in beiden Sprachen. Eltern sollten Deutsch-Kurse, Kindern auch Kurse in ihrer Muttersprache z.B. einmal wöchentlich angeboten werden.

Frau Götting kritisiert die Verkleinerung der Kurt-Tucholsky-Bibliothek. Sie regt an, dass die Bücherei ihre Medienangebote zum Erlernen von Sprache deutlich erweitert und z.B. neue Literatur wie Romane und Kinderbücher in anderen Sprachen beschafft.

Herr Reimer vom Kinderladen "Olle Burg" berichtet, dass in seiner Einrichtung etwa 30 Prozent der Kinder im Alter von drei bis vier Jahren nicht-deutscher Herkunft sind. Die Kinder lernen von anderen Kindern. Die Kommunikation zwischen Kindern und Eltern ist bei allen Gruppen mangelhaft. Die praktizierte Sprache ist nur noch ein Austausch von Sprachfragmenten, es fehlt an richtigen Gesprächen, um Kommunikation zu erlernen.

Frau Götting berichtet auf Nachfrage zum Informationsaustausch zwischen Kita und Schule, dass ihre Kolleginnen für die Vorschul- und Hort-Kinder guten Kontakt zur Schule haben. Alle Erstklassenkinder ihrer Kita sind in die gleiche Schulklasse eingeschult worden. In den ersten zwei Schulwochen begleiten die Kita-Erzieherinnen die Kinder auf dem Schulweg, im Vorfeld wurde der Weg eingeübt.

Die Förderung der Kinder leidet darunter, dass in den bezirklichen Kitas die Gruppengröße 15 bis 18 Kinder je Erzieher(in) beträgt. In so großen Gruppen könnte keine effektive Hausaufgabenbetreuung erfolgen, bezogen auf die Zahl der fünf bis sechs Erstklässler klappt aber die

Hausaufgabenbetreuung. Bei den nicht-staatlichen Einrichtungen wie "Olle Burg" ist der Betreuungsschlüssel deutlich günstiger: für vierzehn Kinder hat Olle Burg zwei Erzieher, zwei der Kinder sind Erstklässler.

Auf Nachfrage aus dem Publikum erläutert Frau Götting die Ursache für den schlechten Sprachstand der deutschen Kinder. Sie liegt in der sozialen Herkunft der Kinder, die überwiegend aus bildungsarmen Familien stammen. In den Familien wird nur wenig gesprochen, die angewendete Sprache mit einem geringen Wortschatz ist stark vereinfacht. Die Kommunikation in den Familien erfolgt durch einfache Frage-Antwort-Dialoge, nicht durch richtige Gespräche. Außerdem erfahren die Kinder viel Ablenkung wie Fernsehen, Gameboys, etc..

Herr Thielebeule stellt die Absichten des Bezirksamts zur Integration in den Kitas dar: Der Bezirk wird eine Sprachstandserhebung in Kitas durchführen. Da die grundsätzlichen Ergebnisse schon jetzt bekannt sind, wird die Erhebung auf Stichproben beschränkt. Als Konsequenz auf die bekannte Situation, wird der Bezirk die angelaufenen Fortbildungen der Erzieher weiter fortsetzen. Die Elternarbeit der Einrichtungen soll dadurch verbessert werden, dass in den Kitas zusätzliche Personen als Mittler zwischen Eltern und Erziehern eine kulturelle bzw. Sprachbrücke herstellen. Voraussichtlich ab September sollen aus arbeitsmarktpolitischen Programmen MigrantInnen ihre Tätigkeit als Mittler zwischen Eltern und Kita aufnehmen. Hierzu gab es Vorgespräche mit dem Arbeitsamt und der AWO, dem Träger für die Maßnahme. Vorgesehen ist, dass eine Mittlerperson jeweils für vier Kitas eingesetzt wird. Die Maßnahme ist von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig.

TOP2 Haushalt

a) Der Berliner Landeshaushalt

a) Jutta Leder, Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Haushaltsausschusses und außerdem Anwohnerin der Waldstraße, berichtet zum Landeshaushalt.

Erst am 29. Juni 02 wurde der Landeshaushalt verabschiedet, schon kurze Zeit später hat der Finanzsenator eine Haushaltssperre angeordnet, da erhebliche Mindereinnahmen erwartet werden. Die Verhängung einer Haushaltssperre bedeutet, dass nur noch die Ausgaben getätigt werden dürfen, für die schon eine rechtliche Bindung (Beschluss, Vertragsabschluss, gesetzliche Pflicht) besteht. Alle weiteren Ausgaben müssen vom Finanzsenator (bei bezirklicher Haushaltssperre Finanzstadtrat) genehmigt werden. Aktuell werden 200 Mio. € Mindereinnahmen und 600 Mio. € Mehrausgaben erwartet.

Gelöscht: in den gesperrten Haushaltstiteln

Die Nettokreditaufnahme des Landes beträgt über 6 Mrd. €. Bis 2006 soll die Nettokreditaufnahme auf 2,5 Mrd. € abgesenkt werden. Die Höhe der Neuverschuldung entspricht vom Betrag dem Gesamthaushalt des Landes Schleswig-Holstein. Ein wichtiger Anteil des Landeshaushaltes geht in soziale Leistungen: 11% der Berliner Bevölkerung ist auf soziale Transferleistungen (z.B. Sozialhilfe) des Landes angewiesen. Die Haushaltssperre betrifft die konsumtiven Ausgaben des Landes, dazu gehören nicht die Quartiersmanagements (hierzu Herr Rösener unter TOP 2b). Die Sanierung der Sportanlagen Neues Ufer und Poststadion (Rollschuhbahn, Fußballplatz) werden im Rahmen der Schul- und Sportstättenanierung weitergeführt.

Im Bezirk stellt sich die finanzielle Situation derart dar: Der Bezirk erhält vom Senat ein Budget, dass auf drei Ausgabenbereiche verteilt werden muss.

So gibt es den A-Teil, das sind Aufgaben, die keine Pflichtaufgaben sind. Beispiele hierfür sind z.B. der Umbau von Straßen, Anlage von Grünflächen oder auch die finanzielle Förderung von Freizeitangeboten für Kinder.

Des Weiteren gibt es den Z-Teil, dies sind Pflichtausgaben, wie z.B. Sozialhilfe oder andere direkten Hilfen, die bezahlt werden müssen, da sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Leistungen im Z-Teil sind vom Bezirk nicht steuerbar.

Gelöscht: w

Außerdem gibt es einen T-Teil, das sind ebenfalls Pflichtausgaben, die der Bezirk tätigen muss, die Leistungen im T-Teil gelten jedoch als steuerbar. Hierzu gehören beispielsweise Kleiderhil-

fen der Sozialhilfe, Tagespflege in Familien, Betreuung in Notsituation, Familienpflege, Heimunterbringung.

Für den Bezirk ist die Frage der Einstufung von Leistungen in T-Teil oder Z-Teil deshalb sehr wichtig, da von Mehrausgaben im Z-Teil 90 Prozent dem Bezirk vom Land zurück erstattet werden, während der Bezirk Mehrausgaben im T-Teil vollständig selber tragen muss. Da die finanziellen Mittel sehr knapp sind, versucht der Bezirk die Ausgaben im A- und T- Teil einzuschränken.

Der Haushalt wirkt sich auf die Personalsituation derart aus, dass alle befristeten Arbeitsverträge auslaufen, um den Personalüberhang in der Verwaltung abzubauen, die Neubesetzung von Stellen erfolgt aus dem Überhang. Oft ist es schwierig aus dem Überhang für die jeweiligen Aufgaben qualifiziertes Personal zu finden.

Herr Reschke (BVV, CDU-Fraktion) schlägt vor, dass er zusammen mit Herrn Bhaduri (BVV, SPD-Fraktion) beim nächsten Stadtteilplenum zum Bezirkshaushalt berichtet, der Vorschlag wird in die Themenvorschläge zum Ende des Plenums aufgenommen.

b) Projektgelder "Soziale Stadt"

Herr Rösener berichtet über die finanziellen Mittel, die dem Quartiersmanagement zur Umsetzung von Projekten zur Verfügung stehen. Projektgelder werden jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren bewilligt: Für den Förderzeitraum 2001-2005 standen / stehen Projektgelder in Höhe von **850.000 €** zur Verfügung. Das heißt, dass im Jahr 2001 ein Plan erstellt wurde, wie sich diese Gesamtsumme auf die einzelnen Jahre verteilt und welche Projekte davon in welchem Jahr (Zeitraum bis 2005) umgesetzt werden sollen. Diese finanziellen Mittel sind vertraglich den jeweiligen Projekten zugeordnet und von einer neuen Haushaltsplanung nicht betroffen. Im Jahr 2002 gibt es eine erneute Mittelzuweisung in Höhe von nur **320.000 €** für den Förderzeitraum 2002-2006. Diese Gesamtsumme verteilt sich erneut auf einzelne Jahre bis 2006. In manchen Jahren, wie z.B. 2003, ist der Teilbetrag so gering, dass zum Teil auch bestehende, erfolgreiche Projekte nicht weiter finanziert werden können. Innerhalb von Berlin gibt es bezogen auf die Quartiersmanagements ein massives Ost-West-Gefälle. Während für die fünf Gebiete im Ostteil Berlins 7,3 Mio. € (Land 2 Mio. €, Rest EU) zur Verfügung stehen, erhalten die zwölf Gebiete im Westteil Berlins 4,3 Mio. € (Land 2 Mio. €, Rest EU-Förderung).

Die Gelder für den Quartiersfonds waren für die Jahre 2001+2002 gesichert. Neue Quartiersfondsmittel wird es nicht geben. Das Quartiersmanagement überlegt wegen des Wegfalls des Quartiersfonds, ob der kleine Aktionsfonds in der Höhe aufgestockt werden kann.

TOP3: Berichte aus den Arbeitsgruppen

Die AG "Arbeitsmarkt von unten" verteilt ein Infoblatt mit den aktuellen Terminen der AG.

TOP4: Aktuelles / Verschiedenes / Themen des nächsten Plenums

Es wird auf verschiedene Termine hingewiesen, die meisten finden vor Versendung des Protokolls statt.

Olle Burg veranstaltet am 22. September, 13 bis 18 Uhr anlässlich des dreißigsten Geburtstag ein politisches Straßenfest in der Waldstraße unter dem Motto "Motor im Kiez - Kommunikation und Vernetzung im Miteinander".

Themenvorschläge für das nächste Stadtteilplenum

Es wird verabredet die Themen Verkehrsberuhigung der Wohnstraßen, Grünflächen und Hundekot zusammengefasst als Schwerpunkt zu behandeln, die Bezirksverordneten Herr Reschke und Herr Bhaduri bereiten einen Beitrag zum Thema Haushalt vor

Anlage 1: Ergebnisse der Befragung zur Integration in Kitas

Anlage 2: Ergänzung zum Protokoll vom 18.06.2002: Stellungnahme von Bezirksstadträtin Dorothee Dubrau zum TOP 4, Stadtteilzeitung, zur Darstellung des Moabiter Ratschlag.